

Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern



Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker

MPI Gemeinschaftsgüter · Kurt-Schumacher-Str. 10 · 53113 Bonn

Herrn

Professor Dr. Christian Watrin

Arndtstraße 9

50996 Köln

MPI Gemeinschaftsgüter

Kurt-Schumacher-Str. 10

53113 Bonn

<http://www.coll.mpg.de>

Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker

Tel.: +49(0)228 9 14 16-800

Fax: +49(0)228 9 14 16-11

weizsaecker@coll.mpg.de

Bonn, den 24. Februar 2009

Ihr Papier zum Fach Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln

Lieber Herr Willgerodt, lieber Herr Watrin

Ich danke Ihnen für die Zusendung Ihres Papiers, dessen Inhalt ja inzwischen öffentlich bekannt ist und in der Presse schon ausführlich besprochen wurde. Ich schreibe Ihnen eine Antwort, die ich auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen möchte. Ich kann zu den Teilen Ihres Papiers, die das Verfahren bei der Besetzung der vakanten Stellen betrifft, nicht Stellung nehmen, da ich als Emeritus daran nicht beteiligt war. Es geht mir um die grundsätzliche Frage, die Sie angeschnitten haben, nämlich um die Auswahlkriterien für die Besetzung der Stellen, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Rolle des Faches Wirtschaftspolitik und des Gebiets Makroökonomik.

I Grundsätzliches zur Frage der Auswahlkriterien. Sie sprechen von dem wohl auch in diesem Fall angewendeten Verfahren, die Qualität der wissenschaftlichen Leistungen eines Kandidaten vor allem (Sie meinen sogar, ausschließlich) an den Publikationen in "international anerkannten Zeitschriften", sogenannten A- Journals und B-Journals zu messen. Sie sprechen davon, dass es ein in Deutschland um sich greifender Missbrauch sei, andere Publikationen unbeachtet zu lassen.

Hierzu möchte ich Ihnen folgendes zu bedenken geben: Ich wäre auch nicht glücklich, wenn sich ein wissenschaftliches Auswahlverfahren ausschließlich nach den Publikationen in A-Journals oder B-Journals richten würde. Ich glaube allerdings nicht, dass dies im konkreten Fall in Köln so gewesen ist. Andererseits ist eine gewisse Gewichtung von Publikationen nach dem Kriterium ihres Erscheinungsorts und dessen internationaler wissenschaftlicher Reputation sicher richtig. Jedenfalls halte ich ein solches Kriterium für weitaus angemessener als das in unserem Fach traditionell angewandte Vorgehen.

Letzteres möchte ich zum Vergleich hier kurz und etwas karikierend darstellen. Zuerst sei festgehalten, was wahrscheinlich alle wissen: die Vorstellung, dass alle Veröffentlichungen von allen Kandidaten um eine Stelle gründlich gelesen worden seien, ist natürlich reine Fiktion. Schon aus zeitlichen Gründen war das nie möglich. Um sich das Lesen zu ersparen

oder doch stark zu reduzieren stellte man sich Fragen zum Kandidaten wie diese: " Wer ist sein akademischer Lehrer? Ist er an einer guten deutschen Universität habilitiert? Wie ist seine hochschulpolitische Einstellung? Steht er ordnungspolitisch auf dem richtigen Fleck?" Bevorzugt wurde zudem vielerorts der jeweilige "Meisterschüler" des Kollegen, der emeritiert wurde. Auf Publikationen wurde zwar geachtet, aber- quasi umgekehrt wie heute – wurden sie umso höher gewichtet, je näher der Publikations- Ort lag. Deutschsprachige Publikationen wurden schon deshalb höher gewichtet als englischsprachige, weil (das galt nicht für Köln) nicht alle Kollegen so fit im Englischen waren. Besonders stark fielen Monographien (Habilitationsschriften) ins Gewicht: das "magnum opus" des jungen Mannes. Problem war nur, dass es so viele "große Würfe" in der Wissenschaft nicht gab, wie Lehrstühle zu besetzen waren. So entstand eine Fülle unendlich langweiliger und wissenschaftlich wenig ergiebiger, dafür umso dickleibigerer Bücher. Es wurde zudem auf vielen informellen Kanälen zwischen Kollegen verschiedener Universitäten kommuniziert mit der Absicht und der Folge, dass man sich gegenseitig half, älteren Assistenten der Kollegen aus der jeweils anderen Universität die Früchte ihres langjährigen Dienens durch einen Ruf auf eine Professur zukommen zu lassen. Die Hochschulgesetze sahen bei Stellenbesetzungen zwar seit geraumer Zeit externe Gutachten vor. Aber diese Gutachten wurden praktisch immer erst ex-post eingeholt. Sie dienten weniger der eigenen Belehrung, als vor allem der Erfüllung einer Gesetzesvorschrift. Bei vergleichenden Gutachten wurde dem Gutachter telefonisch mitgegeben, welche Reihung die das Gutachtenden bestellende Fakultät sich wünscht, was in aller Regel vom kollegial handelnden Gutachter dann auch beachtet wurde.

Die Anreize, die das traditionelle Auswahlverfahren schuf, waren einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit der volkswirtschaftlichen Forschung im deutschen Sprachbereich nicht förderlich. Aus Gründen der Diskretion möchte ich das nicht an anderen Beispielen, sondern an meinem eigenen konkreter darstellen. Ich erinnere mich noch der Worte meines Doktorvaters in Basel, als ich ihm Ende 1961 eröffnete, dass ich nunmehr nach erfolgreicher Promotion in die USA gehen wollte, um noch mehr zu lernen: "Herr von Weizsäcker, wenn Sie nach Amerika gehen, dann werden Sie hier vergessen und haben keine Chance mehr auf einen Lehrstuhl in Deutschland." Das war zwar eine falsche Prognose, aber sie entsprach dem Zeitgeist. Ich erinnere mich auch, dass ich trotz meiner damaligen sozialdemokratischen Gesinnungen den Eintritt in die SPD bis zur Berufung auf ein Ordinariat zurückstellte, da ich von wohlmeinenden Fachkollegen die Warnung erhielt, eine solche Parteimitgliedschaft würde meine Berufungschancen vermindern. Nun, Sie wissen von mir, dass sich meine Begeisterung für die SPD rasch abgekühlt hat, nachdem diese Karl Schiller vor die Tür gesetzt hatte. Meinen Parteiaustritt hat mir dann "die Baracke" später heimgezahlt, als auf ihre Instruktionen hin der damalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein mich bei der Berufung auf die Nachfolge Giersch als Präsident des Instituts für Weltwirtschaft übergang, obwohl die Universität Kiel mich an erster Stelle vorgeschlagen hatte. Mit anderen Worten: das alte Regime, so sehr es seinen Charme hatte, war keinesfalls "objektiv" und "unpolitisch". Es kam nicht allein auf die wissenschaftliche Leistung an, wer berufen wurde.

Die traditionelle Berufungspolitik bei der Volkswirtschaftslehre musste den Provinzialismus der deutschen akademischen Landschaft in diesem Gebiet perpetuieren. Sie musste sich ändern, wenn die Leistungsanreize kompatibel damit werden sollten, dass Deutschland einen seiner Größe entsprechenden Anteil an der Spitzenforschung in unserem Fach habe. Das neue Verfahren der Bewertung der Leistung insbesondere nach Publikationen in international führenden Zeitschriften hat hier in der Tat eine Wende gebracht. Ich nehme die Zeitschrift *American Economic Review*, die "Zeitschrift Nr. 1" in der Welt der Ökonomen, als Beispiel. Vor vier, drei, zwei Jahrzehnten gab es dort praktisch keine Arbeiten aus Deutschland. Heute ist das doch wesentlich anders. Auch wenn naturgemäß die US-amerikanischen Autoren nach

wie vor dominieren, so gibt es doch praktisch kein Heft mehr, in dem nicht wenigstens ein deutscher Autor oder eine deutsche Autorin erscheint.

Ein anderer Indikator für die Verbesserung der Auswahl und der Anreize ist der rasche Anstieg des Anteils von Frauen aus Deutschland, die erstklassig publizieren und sich gut im internationalen Stellenmarkt der Volkswirtschaftslehre positionieren. Im Nachhinein muss man das als einen Beleg dafür ansehen, dass das alte System massiv gegen die Frauen diskriminiert hat.

Auch das neue Verfahren hat Probleme. Aber wir wissen, um mit Demsetz zu reden, dass der "Nirvana-Ansatz" der falsche Ansatz ist, die Welt zu verbessern. Nicht der Vergleich mit einer utopischen idealen Welt, sondern der Vergleich zwischen realisierbaren Alternativen ist sinnvoll. Und es wäre ein Rückfall in die alten Gepflogenheiten selbst dann nicht richtig, wenn diese einer bestimmten wirtschaftspolitischen Gesinnung wie dem Ordo-Liberalismus Auftrieb gäbe. Ich will über Verbesserungsmöglichkeiten bei Berufungsverfahren hier nicht im Einzelnen spekulieren.

II Zur Positionierung der Universität zu Köln. Zu Recht weisen Sie auf die große Tradition der Kölner Wirtschaftspolitik hin, die mit Namen wie Müller-Armack, Weißer, Schmölders verbunden ist. Und ich stehe nicht an, hinzuzufügen: mit Namen wie Willgerodt, Watrin, Donges und Eekhoff. Früher hatte die Universität Köln hier ein Alleinstellungsmerkmal in unserem Fach. Die Beratungstätigkeit der Professoren in wirtschaftspolitischen Dingen gab es in diesem Ausmaß nirgendwo anders, insbesondere wenn man die Tätigkeit auch der Professoren hinzunimmt, deren Lehrstuhlbezeichnung nicht "Wirtschaftspolitik" war, wie die Beratung auf den Sektoren Energie, Verkehr, Wohnungswesen, Gesundheitswesen, Medien, Versicherungswesen, Bankenwesen, sowie in dem ganzen Gebiet der Öffentlichen Finanzen. Köln hatte in der Zeit vor dem Internet und als Bonn noch Hauptstadt war, einen Standortvorteil in Sachen der Beratung. Entsprechend war auch der Unterricht in der Volkswirtschaftslehre immer sehr an den konkreten wirtschafts- und finanzpolitischen Problembereichen orientiert.

Aber die Zeiten haben sich geändert. Die Formen und die Orte der wirtschaftspolitischen Beratung sind nicht mehr dieselben wie früher. Es ist nicht mehr automatisch ausgemacht, dass Köln noch denselben komparativen Vorteil in der wirtschaftspolitischen Beratung hat wie früher. In Berlin und Brüssel sind andere genau so schnell wie wir aus Köln. Paris, London oder Städte in Belgien selbst sind verkehrsmäßig näher an Brüssel als Köln. Und, man mag das bedauern, de facto wird das Subsidiaritätsprinzip der EU so weitgehend missachtet, dass alles wirtschaftspolitisch Wichtige in Brüssel spielt.

Der akademische Wettbewerb ist damit generell, aber eben gerade auch in Sachen Wirtschaftspolitik internationalisiert. Er geht auf Englisch vor sich, kaum noch auf Deutsch. Zugleich ist er schärfer geworden, weil eben "der Markt" größer geworden ist. Diesem Wettbewerb sollte sich Köln stellen. Damit müssen aber auch die "Produktionsstrukturen" der wissenschaftlichen Arbeit diesem internationalen Wettbewerb angepasst werden. Müller-Armack hat sein Buch, in dem zuerst der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" genannt und erläutert wurde, in einer Zeit geschrieben, als die Not nichts anderes zuließ, denn das Arbeiten in "Einsamkeit und Freiheit". Die heutige wissenschaftliche Arbeit ist sehr weitgehend Teamarbeit, auch und gerade in politiknahen Gebieten. Dieser Herausforderung müssen sich die Ökonomeprofessoren einer neuen Generation in Köln stellen. Es war hier sinnvoll, aus Anlass der ungefähr gleichzeitigen Vakanz von 50 % der verfügbaren Professuren eine Team-

Berufungspolitik zu betreiben, um die im geistigen Wettbewerb heute erforderlichen "Economies of Scale" zu erreichen.

Die Fakultät hat den Ehrgeiz, in Deutschland und eben eigentlich auch in Europa, auf einem vorderen Platz mitzuspielen. Das begrüße ich – und ich bewundere die heute aktiven Fachkollegen für ihren Mut, neue Wege zu versuchen, alte Wege zu verlassen. Ich denke, der zuständige Minister, der ja zugleich Innovationsminister des Landes und auch Fachkollege ist (und zugleich, wie ich weiß, ein überzeugter Marktwirtschaftler), wird das verstehen. Wenn man diesen Ehrgeiz hatte, an der Spitze mitzuspielen, dann war eins sicherlich ausgeschlossen: drei der sechs Professuren nach herkömmlicher Art in isolierten Berufungsverhandlungen mit "Wirtschaftspolitikern" mit guten Kenntnissen der deutschen Verhältnisse, aber ohne große Reputation in der internationalen Fachwelt wieder zu besetzen und die anderen drei Professuren für andere Spezialausrichtungen der Volkswirtschaftslehre zu verwenden.

Damit ist noch nichts darüber gesagt, wie das allgemeine Feld eines solchen Teams inhaltlich aussehen sollte. Darüber möchte ich, ohne an diesem Entscheidungsprozess beteiligt gewesen zu sein, im nächsten Punkt III noch etwas spekulieren.

III Zur Frage der inhaltlichen Ausrichtung des Teams von sechs Professoren.

Wie Ihnen natürlich bekannt ist, gibt es in Deutschland eine fachliche Aufteilung der Volkswirtschaftslehre, die man so im englischsprachigen Bereich nicht und heutzutage auch in Frankreich, Spanien, Italien, den Benelux- Ländern oder Skandinavien nicht mehr kennt: Dass das Gesamtgebiet der Volkswirtschaftslehre in "Theorie" einerseits und "Wirtschaftspolitik" andererseits getrennt wird. In England oder Amerika, aber inzwischen wohl fast überall, verläuft die Spezialisierung in anderen Bahnen. Während bei uns zwischen Wettbewerbstheorie und Wettbewerbspolitik unterschieden wird, gibt es im englischsprachigen Bereich "Industrial Organisation", was alles umfasst von der Spieltheorie über die experimentelle Wirtschaftsforschung, die Mikroökonomie bis zum Kartellrecht. Wer sich also international qualifiziert hat, wird verstanden als einer der von seinem Spezialgebiet sowohl die Theorie als auch die Politik beherrscht. Ob wir das traditionelle deutsche System oder das angelsächsische System für besser halten, will ich hier gar nicht diskutieren (obwohl ich immer schon mich selbst sowohl als Wettbewerbstheoretiker wie auch als Wettbewerbspolitiker verstanden habe). Entscheidend ist, dass man für jüngere deutsche Spitzenwissenschaftler, die heute in ihrer Mehrheit im Ausland forschen und lehren, nur attraktiv sein kann, wenn man sich auf ihre Form der Spezialisierung einlässt. Es ist unter diesem Aspekt der Attraktivität Kölns also nicht sinnvoll, unter dem Rubrum "Wirtschaftspolitik" nach den besten Leuten zu suchen.

Das aber bedeutet natürlich keineswegs, dass hervorragende Wissenschaftler nichts von Wirtschaftspolitik verstehen. Wer als Industrieökonom gute Arbeit geleistet hat, ist damit auf einem Teilgebiet der Wirtschaftspolitik, nämlich der Wettbewerbspolitik, gut ausgewiesen. Wer ein guter Forscher in Sachen Außenhandel ist, beherrscht damit auch das Gebiet Außenwirtschaftspolitik. Wer monetäre Ökonomie hervorragend betrieben hat, wie zum Beispiel unser ehemaliger Kollege Axel Weber, hat offenkundig auch die richtige Vorbildung, um ein guter Präsident der Bundesbank zu werden. Ich habe somit vom Inhaltlichen her überhaupt keine Sorge, dass die Wirtschaftspolitik gut abgedeckt werden kann, wenn man hervorragende Wissenschaftler auf den genannten oder anderen Spezialgebieten beruft.

Welches gemeinsames Feld man nun aussucht, um ein Team von Wissenschaftlern zu berufen, die alle in Köln nach dem Stil eines angelsächsischen Departments und nicht mehr nach dem Lehrstuhlprinzip zusammenarbeiten, um damit Weltgeltung zu bekommen, das ist, so meine ich, eine Frage der Opportunität. Ich hatte einige Jahre vor meiner Emeritierung einmal den Vorstoß gemacht, dass Drittmittel (damals der Fonds für die Forschung aus den UMTS- Versteigerungserlösen des Bundes) eingeworben werden sollten, um einen Schwerpunkt Wettbewerbsökonomie, Kartellrecht, Regulierung gemeinsam mit der Universität Bonn zu schaffen – nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesnetzagentur und das Bundeskartellamt in Bonn angesiedelt sind. Daraus ist nichts geworden, weil damals innerhalb unserer Fachkollegen keiner da war, der die Mühe auf sich nehmen wollte, so etwas durchzukämpfen. Ich selbst wollte dies angesichts meiner bevorstehenden Emeritierung auch nicht machen.

Jetzt ist es also die Makroökonomik, die man ausgewählt hat. Ich kann nicht beurteilen, ob dies die beste Entscheidung war. Das hängt nun wirklich sehr davon ab, wen man gewinnen zu können meint. Indessen ist mit der Makroökonomik natürlich auch wieder die Wirtschaftspolitik involviert. Ich sehe nicht, dass ein mit hervorragenden Makroökonomien ausgestatteter Schwerpunkt nicht auch sehr gut Wirtschaftspolitik betreiben könnte.

Die relevanten Berufungs-Entscheidungen sind in Köln vor dem Ausbruch der aktuellen Wirtschaftskrise gefällt worden. Seit dem Ausbruch der Krise wird uns allen aber umso bewusster, wie entscheidend gerade auch die Makroökonomik ist. In diesem Zusammenhang verstehe ich nicht Ihre Sätze, dass die zu berufenden Ökonomen "einer bestimmten Orientierung" angehören, deren Politikempfehlungen "in katastrophaler Weise versagt haben." Aus meiner Sicht ist die makroökonomische Forschung etwa von der Art, wie sie von Ben Bernanke getrieben wurde, ehe er in die Zentralbank ging, nicht für die Krise verantwortlich zu machen. Bernanke ist heute der führende Experte in der Wissenschaft vom Verlauf der Großen Depression der dreißiger Jahre. Die Krise hat eher zu tun mit Vorgängen auf Finanzmärkten, für die eher mikroökonomische Forschung zuständig ist, so insbesondere die Theorie der Finanzmärkte, die in Köln traditionell von der Betriebswirtschaftslehre abgedeckt wurden, oder der Mikroökonomie (Moral Hazard Problematik, "Lemons-Problem"). Auch das "Staatsversagen", das hier im Spiele ist, wird traditionell von der Public Choice Forschung untersucht, so insbesondere die Erklärung der in sich nicht stimmigen (und international schlecht koordinierten) Aufsicht über die verschiedenen Finanzmärkte.

Jetzt aber, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, sind natürlich die Makroökonomien insonderheit gefragt. "Keynes is back" hört man allerorten. Wer sich mit diesen Fragen auf dem heutigen Stand des Wissens auseinandersetzen will, der muss ja wohl makroökonomische Kompetenz besitzen.

Die Quintessenz ist daher: ich habe großes Verständnis für die Entscheidungen der Kölner Kollegen. Und ich bin überhaupt nicht besorgt, dass eine moderne wirtschaftspolitische Forschung und Lehre bei ihnen und den neu zu berufenden Kollegen in guten Händen liegt.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Kopie an: 1. Prof. Axel Ockenfels, Universität Köln mit der Bitte um Weiterleitung an die Kollegen der Volkswirtschaftslehre
2. Prof. Renate Ohr, Göttingen, als Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder
3. Herrn Minister Professor Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen